

aus, wonach Formulierungen, welche die Unschuld des Freigesprochenen in Zweifel ziehen, unzulässig sind (§ 244 Abs. 1 StPO).

In den Urteilsgründen ist der Sachverhalt darzulegen und umfassend zu würdigen (§ 244 Abs. 1 StPO). Es ist auszuführen, wegen welcher in der Anklage bezeichneten Tat das Hauptverfahren gegen den Angeklagten eröffnet worden ist. Um verständlich und überzeugend erklären zu können, warum der Angeklagte freigesprochen wurde, ist die Kenntnis der tatsächlichen und rechtlichen Gründe für den ursprünglich vorhanden gewesenen hinreichenden Tatverdacht unerlässlich. Die anschließende beweisrechtliche und strafrechtliche Würdigung des Sachverhaltes ist untrennbar mit der Argumentation verbunden, warum sich die Anklage nicht als begründet erwiesen hat.

Wurde während der gerichtlichen Beweisaufnahme nachgewiesen, daß der festgestellte Sachverhalt keine Straftat ist, oder daß die festgestellte Straftat nicht vom Angeklagten begangen worden ist, besteht für das Gericht keinerlei Anlaß zu Zweifeln. Auch wenn das Gericht gemäß § 242 Abs. 3 StPO in den Urteilsgründen zu dem Vorbringen des Staatsanwalts, der die Verurteilung beantragt hatte, Stellung nimmt, äußert es keine Zweifel. In der Auseinandersetzung mit dem schuldbejahenden Plädoyer des Staatsanwalts legt das Gericht dar, inwiefern das Vorbringen des Staatsanwalts durch die Ergebnisse der Beweisaufnahme *unzweifelhaft* widerlegt worden ist.

Komplizierter ist es, wenn das Gericht Zweifel an der Wahrheit von Beweistatsachen (mögen sie von Beweispersonen oder von Beweisstücken stammen) hat, die den Angeklagten im Sinne der Anklage belasten würden, falls sie wahr wären. Eine ebenso schwierige Problematik liegt vor, wenn der Sachverhalt nicht in allen Tatsachen nachgewiesen ist, so daß die bewiesenen Tatsachen zwar einzelne, aber nicht alle Tatbestandsmerkmale der zur Anwendung in Erwägung gezogenen Strafnorm erfüllen. Aus § 244 Abs. 1 StPO ergibt sich, daß das Gericht auch im freisprechenden Urteil den Sachverhalt (in den Teilen, in denen es ihn feststellen konnte) darzulegen hat. Es muß sich (gern. § 242 Abs. 3 StPO, auf den § 244 Abs. 1 StPO verweist) mit dem Vorbringen des Staatsanwalts und der weiteren genannten Beteiligten auseinandersetzen.

Daraus folgt, daß sich das Gericht auch mit den erhobenen Beweisen auseinandersetzen und das Ergebnis darlegen muß. Es darf also nicht darauf verzichten, seine Zweifel an der Schuld des Angeklagten darzulegen, sondern es muß sagen, woran es zweifelt und aus welchen Gründen. So müssen beispielsweise die Urteilsgründe zeigen, welche Aussagen über das Verhalten des Angeklagten vorliegen, und warum das Gericht weder die Wahrheit noch die Falschheit einer oder mehrerer dieser Aussagen feststellen konnte. Ferner muß aus den Urteilsgründen ersichtlich sein, daß mehrere zum Gegenstand der Beweisführung gehörende Elemente unzweifelhaft nachgewiesen wurden und die so erwiesenen Tatsachen einen Teil der Tatbestandsmerkmale verwirklichen, daß jedoch weder die Wahrheit noch die Falschheit jener Beweistatsachen festgestellt werden konnte, aus denen sich die Tatsachen ergäben, mit denen die restlichen Tatbestandsmerkmale erfüllt wären. Es ist auszuführen, wie das Gericht alle Beweismöglichkeiten ausgeschöpft hat, um seine Zweifel am Schuldnachweis zu beheben.